Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7257

29. 05. 90

Sachgebiet 780

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Susset, Michels, Eigen, Bayha, Carstensen (Nordstrand), Dr. Herkenrath, Kalb, Kroll-Schlüter, Sauter (Epfendorf), Schartz (Trier), Freiherr von Schorlemer, Borchert, Fellner, Hornung, Freiherr Heereman von Zuydtwyck, Dr. Kunz (Weiden), Link (Diepholz), Dr. Meyer zu Bentrup, Brunner, Schmitz (Baesweiler), Frau Will-Feld und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Paintner, Heinrich, Bredehorn und der Fraktion der FDP

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksachen 11/6387, 11/6388 —

Agrarbericht 1990

Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß

   — das durchschnittliche Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe sich im Wirtschaftsjahr 1988/89 gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert hat und im Durchschnitt erstmals ein Gewinn von mehr als 40 000 DM je Unternehmen erzielt worden ist,

   — die insgesamt günstige Einkommensentwicklung ohne die vielfältigen finanziellen Leistungen des Bundes nicht möglich gewesen wäre,

   — der Gewinnanstieg allerdings an den teilweise drastischen Einkommenseinbußen in der Vergangenheit gemessen werden muß,

   — auch im abgelaufenen Wirtschaftsjahr viele Betriebe keine befriedigenden Einkommen zu verzeichnen hatten, insbesondere in den getreideerzeugenden Marktfruchtbetrieben die Einkommensentwicklung negativ gewesen ist und der Preisdruck hier anhält,

   — in vielen Betrieben weiterhin ein erheblicher – wenn auch gegenüber dem Vorjahr verringerter – Einkommensrückstand gegenüber dem außerlandwirtschaftlichen Bereich besteht,

   — im EG-Vergleich die deutschen Landwirte einkommensmäßig nur einen Mittelplatz einnehmen, während die außer-

landwirtschaftlichen Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland gemessen an den anderen EG-Staaten an der Spitze liegen,

– die Einkommen in der Landwirtschaft sich nur dann dauerhaft verbessern lassen, wenn die Produktion an den Absatzmöglichkeiten ausgerichtet wird.

2. Der Deutsche Bundestag erkennt an, daß

– der 1989 für währungsbedingte Wettbewerbsnachteile eingeführte sozio-strukturelle Einkommensausgleich sowohl eine wesentliche Einkommensstütze für die bäuerliche Landwirtschaft ist als auch flächengebundene umweltschonende Produktionsweisen fördert;

– das Verfahren der Erstattung der Zusatz-Mitverantwortungsabgabe bei Getreide erleichtert werden konnte;

– eine qualitätsorientierte Mengenregulierung für Wein eingeführt werden konnte, wobei den regionalen Besonderheiten des deutschen Weinbaues Rechnung getragen wird;

– es gelungen ist, aufgrund eines attraktiven Programms der Bundesregierung zum Herauskauf von Milchquoten den nationalen Milchquotenüberhang abzubauen;

– die Bundesregierung in Brüssel erreicht hat, die direkten Einkommenshilfen in den landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten auszubauen, so daß jetzt 53 Prozent unserer gesamten landwirtschaftlichen Fläche begünstigt werden;

– eine Umstellungshilfe für Landwirte, die einen qualifizierten außerlandwirtschaftlichen Beruf anstreben, eingeführt werden konnte;

– die Bundesregierung gemeinsam mit den Bundesländern die staatliche Förderung der freiwilligen Extensivierung beschlossen hat;

– seit 1990 die Vermarktung alternativ erzeugter landwirtschaftlicher Produkte gefördert wird;

– die Bundesregierung ab 1989 steuerliche Vergünstigungen für landschaftspflegerische Tätigkeiten in der Landwirtschaft eingeführt hat;

– die Bundesregierung den Entwurf eines Milch- und Margarinegesetzes vorgelegt hat, um einen fairen Wettbewerb zwischen reinen Milcherzeugnissen und Imitationsprodukten zu gewährleisten;

– die Bundesregierung den Entwurf eines 4. Agrarsozialen Ergänzungsgesetzes vorgelegt hat, um die Mittel des Sozialversicherungs-Beitragsentlastungsgesetzes EG-konform in die Alterssicherung einzugliedern und damit für die deutsche Landwirtschaft zu sichern;

– die Bundesregierung rasch auf die katastrophalen Sturmschäden Anfang 1990 mit einer Vielzahl geeigneter Hilfsmaßnahmen reagiert hat;

– im Rahmen der EG-Preisverhandlungen infolge konsequenter und beharrlicher Verhandlungsführung der Bundesregierung ein weitgehender Ausgleich der dreiprozentigen Getreidepreissenkung erzielt werden konnte.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich in Brüssel nachhaltig dafür einzusetzen, daß

   – die restliche Mitverantwortungsabgabe bei Milch angesichts des verbesserten Marktgleichgewichts vollständig abgeschafft wird;

   – die Getreidemarktpolitik unter Berücksichtigung von Mengenbegrenzung und Absatzförderung weiterentwickelt wird, mit dem Ziel, die Preise zu stabilisieren;

   – entsprechend der Zusicherung der EG-Kommission von April 1990 eine effektive und gleichgewichtige EG-weite Anwendung der produktionsbegrenzenden Maßnahmen im Bereich der pflanzlichen Erzeugung sichergestellt wird und nationale Vorleistungen honoriert werden;

   – bei Nichtbeteiligung an Maßnahmen zur Marktentlastung in der EG den betreffenden Mitgliedstaaten die Kosten für die Überschußverwertung angelastet werden, notfalls eine obligatorische Flächenstillegung eingeführt wird;

   – die Mitverantwortungsabgabe bei Getreide abgeschafft wird, zumindest die Basis-Mitverantwortungsabgabe in den Mitgliedstaaten abgeschafft wird, die eine wirksame Mengenbegrenzung durchführen;

   – die EG-Kommission in Erfüllung der vom Europäischen Rat im Februar 1988 zugesagten sowie vom Agrarrat im April 1990 bekräftigten Maßnahmen zur Absatzförderung umgehend zweckmäßige und praktikable Vorschläge unterbreitet und unverzüglich entsprechende Beschlüsse gefaßt werden;

   – die EG sowohl aus umwelt- als auch aus marktpolitischen Gründen ein umfassendes Konzept zur Förderung nachwachsender Rohstoffe entwickelt und zügig umsetzt;

   – die EG-Kommission bei den GATT-Verhandlungen kompromißlos dafür eintritt, das EG-Agrarmarktsystem mit Preisstützung und Außenschutz als Grundlage der bäuerlichen Einkommen voll funktionsfähig zu erhalten und keine Konzessionen zu machen, die sich preissenkend auswirken;

   – den regionalen Besonderheiten und berechtigten regionalen Bedürfnissen der Mitgliedstaaten mehr Bedeutung beigemessen und im erforderlichen Maße Rechnung getragen wird.

4. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung in ihren Bemühungen,

   – den erfolgreich begonnenen Weg der Marktentlastung über produktionsbegrenzende und absatzfördernde Maßnahmen konsequent weiterzuverfolgen;

- eine leistungs- und wettbewerbsfähige bäuerliche Landwirtschaft auch im Hinblick auf den Europäischen Binnenmarkt zu sichern;
- gemeinsam mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Reform- und Anpassungsprozeß der DDR-Landwirtschaft zu unterstützen;
- nach dem Abbau des nationalen Referenzmengenüberhangs so schnell wie möglich Schritte für eine flexiblere Gestaltung der Garantiemengenregelung bei Milch einzuleiten;
- dafür einzutreten, daß für unsere Landwirtschaft schädliche Wettbewerbsverzerrungen in der EG abgebaut, die Produktionsbedingungen vereinheitlicht und so in allen EG-Mitgliedstaaten gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden;
- sich in Brüssel dafür einzusetzen, daß den bei uns geltenden hohen Anforderungen an Tier-, Pflanzen- und Umweltschutz EG-weit Geltung verschafft wird;
- an einem Ausgleichssystem für währungsbedingte Wettbewerbsnachteile für die deutsche Landwirtschaft festzuhalten, solange Paritätsänderungen im europäischen Währungssystem erfolgen;
- die Voraussetzungen für den zwischen- und überbetrieblichen Maschineneinsatz weiter zu verbessern;
- dafür zu sorgen, daß der Strukturwandel in geordneten Bahnen abläuft und die Landwirtschaft die damit einhergehenden Anpassungszwänge in vertretbarer Weise bewältigen kann;
- die Rahmenbedingungen für eine umweltverträgliche Landwirtschaft stetig weiterzuentwickeln und die landschaftspflegerischen Leistungen der Landwirte mehr als bisher zu entlohnen.

Bonn, den 29. Mai 1990

Susset
Michels
Eigen
Bayha
Carstensen (Nordstrand)
Dr. Herkenrath
Kalb
Kroll-Schlüter
Sauter (Epfendorf)
Schartz (Trier)
Freiherr von Schorlemer
Borchert
Fellner
Hornung
Freiherr Heereman von Zuydtwyck
Dr. Kunz (Weiden)
Link (Diepholz)
Dr. Meyer zu Bentrup
Brunner
Schmitz (Baesweiler)
Frau Will-Feld
Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion

Paintner
Heinrich
Bredehorn
Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56,5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333